Persönliche Ausgabe für ralph.heinemeier@boffzen.de Die Daten sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.

Gebiete in Boffzen sind für ein Atommüll-Endlager „ungeeignet“

Bundesgesellschaft für Endlagerung teilt Arbeitsstand mit / Erste Einstufungen vorgenommen

VON VICKY DÖRRIES

KREIS HOLZMINDEN. Boffzen ist bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als „ungeeignet“ eingestuft worden. Die BGE prüft momentan übertägig geologische Gegebenheiten in verschiedenen Gebieten. Sie analysieren, ob diese potenziell geeignet wären, einen sogenannten „einschlusswirksamen Gebirgsbereich“ auszuweisen. Ton- und Kristallinschichten sowie Salzformationen kommen infrage. Nun hat die BGE bei einer Präsentation ihres Arbeitsstandes die ersten Gebiete ausgeschlossen. Diese kommen voraussichtlich als Standorte nicht infrage.

Allerdings ist Boffzen nicht das einzige, wenn auch das größte, Gebiet aus dem Landkreis Holzminden, das jetzt eingestuft wurde. Das Gebiet reicht von Boffzen hinunter über Fürstenberg (zwischendrin Derental, das zu keinem der infrage kommenden Teilgebiete gehört und daher schon ausgeschlossen ist) bis nach Lauenförde. Es wird dabei nicht nach Länder-, Kreis- oder Stadtgrenzen vorgegangen. Daher ist nicht immer eine Kommune in Gänze betroffen beziehungsweise nicht betroffen, sondern oft teilweise nur kleine Teile davon.

Kleinere Areale, die als „ungeeignet“ eingestuft wurden, finden sich auch im Nordkreis wieder. Diese befinden sich um Bereiche herum, die zu keinem Teilgebiet gehören: um Wangelnstedt, Lenne, Stadtoldendorf, Eschershausen und Holenberg sowie Vahlbruch, Polle und Heinsen.

Der Weg zu den Standortregionen

Die Ausgangssituation 2020 waren 90 Teilgebiete, die eine Gesamtfläche von 241.000 Quadratkilometern aufwiesen und in denen prinzipiell ein Endlager möglich erschien. Nach dem aktuellen Arbeitsstand der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen, die die Sicherheit eines möglichen Endlagers in einer Gesteinsformation bewertet, sind etwa 16 Prozent der Fläche nun in Kategorie D (ungeeignet) verortet. Circa 2 Prozent der Fläche sind bei den Untersuchungen der Kategorie C (geringe Eignung) zugeordnet worden und bei rund 82 Prozent ist noch keine Einordnung erfolgt. Zum Letzteren zählen noch viele Gebiete im Kreis Holzminden. Das bedeutet, sie können Gebiete der Kategorien D, C, B und A enthalten.

„In diesem Jahr ist das die erste Veröffentlichung dieser Art. Wir werden in den nächsten Jahren weitere Arbeitsstände veröffentlichen und so die große Landkarte immer weiter einschränken“, versicherte Iris Graffunder, Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, bei einer Online-Informationsveranstaltung zum Thema „Betrifft: Standortauswahl“. Die Ergebnisse können im BGE-Endlagersuche-Navigator unter www.bge.de/de/endlagersuche/standortregionen/endlagersuche-navigator eingesehen werden. Verbindliche Ergebnisse sind dies allerdings nicht, denn: Die Entscheidung treffe schließlich der Bundestag.



Die Suche nach einem Endlager für Atommüll geht weiter. Erste Gebiete wurden als „ungeeignet“ eingestuft. FOTO: SEBASTIAN KAHNERT

Stimmen aus dem Landkreis zum Stand der Endlagersuche

Bundestagsabgeordnete Helge Limburg und Johannes Schraps sowie Boffzens Samtgemeindebürgermeister Tino Wenkel äußern sich zum Update der BGE

VON VICKY DÖRRIES

KREIS HOLZMINDEN. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat im November ihren aktuellen Stand bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager in Deutschland präsentiert. Demnach sind größere Gebiete um Boffzen bis nach Lauenförde sowie kleinere Areale im Nordkreis als „ungeeignet“ eingestuft worden. Ein kleines Aufatmen im Kreis Holzminden, oder doch nicht? Die Bundestagsabgeordneten Helge Limburg und Johannes Schraps sowie Boffzens Samtgemeindebürgermeister Tino Wenkel äußern sich zum Update der BGE.

„Seit 2013 untersucht die Bundesgesellschaft für Endlagerung in ganz Deutschland einen geeigneten Standort zur Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll. Derzeit werden bundesweit alle Gesteinsformationen untersucht, die für ein Endlager infrage kommen würden“, fasst Johannes Schraps (SPD) den aktuellen Stand zusammen. „In ersten Untersuchungen wurden einige Gebiete, unter anderem auch im Landkreis Holzminden als ‚ungeeignet‘ eingestuft, so sind bundesweit 13 von 90 Gebieten bereits jetzt als Endlager ungeeignet. Weitere Gebiete in meinem Wahlkreis werden weiter untersucht.“

Auch für die Zukunft sicher einlagern

Johannes Schraps ist davon überzeugt, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung in einem offenen und transparenten Prozess, ihre Suche für einen geeigneten Standort fortsetzen werde. „Wichtig ist hierbei, dass alle Faktoren, die eine sichere Unterbringung des hochradioaktiven Atommülls gewährleisten, auch für die Zukunft geprüft werden“, betont er. „Ein Endlager besteht ja nicht nur in den nächsten 50 Jahren, sondern muss über Generationen hinaus, den Atommüll sicher einlagern können.“



Fehler wie beim geplanten Zwischenlager Würgassen dürfen sich nicht wiederholen, sagt Boffzens Samtgemeindebürgermeister Tino Wenkel. MANFRED BUES (ARCHIV)

Auch Bundestagsabgeordneter Helge Limburg (Grüne) verfolgt jede Stufe bei der Endlagersuche intensiv. „Die jetzige Entscheidung ist natürlich erst einmal eine Erleichterung für den Landkreis Holzminden, weil es dadurch unwahrscheinlicher wird“, sagt er, betont aber gleichzeitig, dass es wichtig sei, dass der Prozess objektiv gestaltet werde. „Es ist weiterhin möglich, dass Gebiete hier ‚geeignet‘ sein können, aber mit einer ‚Not in my backyard‘-Mentalität (sinngemäß: nicht in meiner Nachbarschaft) kommt man nicht weiter.“

„Keine neuen Debatten zum Wiedereinstieg in die Atomkraft“

Die Haltung der CDU und CSU zur Rückkehr zur Atomkraft verurteilt Limburg. „Das halte ich für absolut verantwortungslos, das produziert ja noch mehr Müll. Es dürfen keine neuen Debatten zum Wiedereinstieg geführt werden“, fordert er. Die Suche nach einem Endlager solle laut Limburg verantwortungsvoll weitergeführt werden. Dabei sei Transparenz maßgeblich. Da mache die Bundesgesellschaft für Endlagerung „momentan einen guten Job".

Boffzens Samtgemeindebürgermeister Tino Wenkel freut sich, dass die BGE im Rahmen der Endlagersuche ein Update zum Stand der Dinge liefere. „Klare Kriterien zur Akzeptanz und eine transparente Entscheidungsfindung sind zwingend erforderlich, um geeignete und ungeeignete Standorte ehrlich zu identifizieren“, stellt er heraus. „Die Erfahrungen mit der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) haben gezeigt, dass eine fehlende Kommunikation gravierende Fehler verursachen kann. Statt eines transparenten Prozesses wurde beim Standort Würgassen stur an einer ‚Ein-Lösungs-Strategie‘ festgehalten – ein fataler Fehler, der das Vertrauen der Bevölkerung massiv erschüttert hat“, resümiert Wenkel das vergangene Vorgehen.

„Bedenken müssen ernst genommen werden“

„Gerade im Dreiländereck, wo länderübergreifend eng zusammengearbeitet wird, muss die Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse einbezogen und ihre Bedenken ernst genommen werden“, ist der Samtgemeindebürgermeister überzeugt. „Politische Entscheidungen, die über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden, scheitern nicht nur an der Akzeptanz, sie untergraben das Vertrauen in die Entscheidungsprozesse der politischen Führung in Berlin. Eine solche Praxis steht im klaren Widerspruch zu meinem Verständnis von Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt.“

Wenkel fordere daher ein Auswahlverfahren, das sich an klaren, messbaren Kriterien orientiere und dessen Schritte jederzeit transparent und nachvollziehbar seien. „Die Menschen in ganz Deutschland haben ein Recht darauf, dass diese Kriterien ohne politische Hinterzimmerentscheidungen und Vorurteile festgelegt und fair angewandt werden. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass diese Auswahlkriterien nicht nur kommuniziert, sondern auch verständlich und offen vermittelt werden, um eine Grundlage für Akzeptanz zu schaffen, gerade bei derart schwierigen Entscheidungen“, ist Wenkel überzeugt.

„Dass vorerst einige Gebiete in unserer Region aus der Standortsuche herausfallen, nehme ich zur Kenntnis“, sagt er zum Update der BGE, betont aber gleichzeitig, „dass ich unter der Bedingung eines fairen und nachvollziehbar geführten Verfahrens auch ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll in unserer Region akzeptieren müsste. Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger tragen die Verantwortung für ihren eigenen Müll – und diese Verantwortung dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.“



Johannes Schraps (SPD): „Ein Endlager muss über Generationen hinweg sicher sein.“ FOTO: PAUL-PHILIPP BRAUN



„Eine Erleichterung für den Kreis Holzminden“, sagt der Grünen-Bundestagsabgeordnete Helge Limburg FOTO: HANS GEORG SCHRUHL

Persönliche Ausgabe für ralph.heinemeier@boffzen.de Die Daten sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte ist untersagt.